

II-MP49 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen  
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 5848 13

1993 -12- 17

**ANFRAGE**

der Abgeordneten Edeltraud Gatterer  
und Kollegen  
an den Bundesminister für Finanzen  
betreffend Probleme im Bereich der privaten Krankenversicherungen

Die Erstunterzeichnerin hat in der Anfrage 4801/J das grundsätzliche Problem dargestellt, das sich seit einigen Jahren im Bereich der privaten Krankenversicherungen ergeben hat: Neben laufenden Prämien erhöhungen erfolgen auch beim Leistungskatalog massive Verschlechterungen. Vor allem im Bereich der Gruppenversicherung sehen sich die Zusatzversicherten, die in den meisten Fällen viele Jahre lang diese Versicherung ohne Leistungsanspruchnahme bezahlt haben, damit konfrontiert, daß sie sich in der Pension die Prämien für diese Zusatzversicherung kaum mehr leisten können. Durch Prämien erhöhungen und Leistungsverschlechterungen, die in vielen Fällen den erhofften Versicherungsschutz durch die Zusatzversicherung wieder in Frage stellen, ist die Belastungsgrenze für viele ältere Menschen erreicht. In der Anfragebeantwortung 4735/AB vom 6. Juli 1993 haben Sie u.a. mitgeteilt, daß aus Sicht des Bundesministeriums für Finanzen nach Wegfall der Genehmigungspflicht für Versicherungsbedingungen und Tarife eine Neuregelung der rechtlichen Grundlagen für die Krankenversicherung im Versicherungsvertragsgesetz erforderlich ist. Die unterzeichneten Abgeordneten richten in diesem Zusammenhang an den Bundesminister für Finanzen folgende

**Anfrage:**

1. Welche spezifischen rechtlichen Grundlagen für die Krankenversicherung sind aus Sicht des Bundesministeriums für Finanzen im Versicherungsvertragsgesetz im einzelnen erforderlich?
2. Wie weit sind die diesbezüglichen Gespräche zwischen dem Bundesministerium für Finanzen und dem für das Versicherungsvertragsgesetz ressortzuständigen Bundesministerium für Justiz inzwischen fortgeschritten?
3. Welches Ergebnis haben diese Gespräche bisher gebracht?

- 2 -

4. In der Anfragebeantwortung 4735/AB haben Sie darauf verwiesen, daß regelmäßig Gespräche mit dem Bundesminister für Gesundheit, Sport und Konsumentenschutz und mit dem Bundesminister für Arbeit und Soziales in der Frage der Eindämmung der Kostenentwicklung im Gesundheitswesen geführt werden. Insbesondere erwarten sie aus der Umstellung der Finanzierung der Krankenanstalten auf ein System von diagnoseorientierten Fallpauschalen sowie der Einführung eines flächendeckenden Sozialsprengelsystems eine Eindämmung der Kostenentwicklung im Gesundheitswesen. Welche Kostenentlastungen erwartet das Bundesministerium für Finanzen aufgrund der in der Anfragebeantwortung 4735/AB angeführten Maßnahmen im Verhältnis zum Bundesvoranschlag 1994 in den kommenden fünf Jahren?